

Pressemitteilung

11. Mai 2018

Flächenverbrauch schafft keinen preiswerten Wohnraum

Preiswerter Wohnraum wird benötigt, insbesondere in Ballungsräumen. Durch Zuzug vorwiegend aus den östlichen Staaten der EU, aber auch von Flüchtlingen hat sich die Wohnungssituation in Deutschland, ganz besonders in den Großstädten in den letzten Jahren stark verändert. Mietsteigerungen sind die Folge. Die Gemeinden versuchen, darauf eine Antwort zu finden. Nach Meinung des Bündnisses der Bürgerinitiativen zum Flächennutzungsplan machen sie es sich dabei aber allzu leicht, indem sie schützenswerte Naturflächen zu Bauland umwidmen.

Dies führt aber nicht zum Bau des benötigten preiswerten Wohnraums, sondern bedeutet das Gegenteil. Die sich im Privatbesitz befindlichen Grundstücke werden aufgrund ihrer Grundstückspreise mit Luxuswohnungen bebaut. Das anerkennt auch die Geschäftsführerin der Rheinisch Bergischen Siedlungsgesellschaft RBS im Rahmen der Caritas-Kampagne zur Wohnungsnot. Ihre Schlußfolgerung: Es muss eher im Bestand umgebaut werden. Dies sehen auch die Bürgerinitiativen so: Allein durch die Altersstruktur in Bergisch Gladbach ist absehbar, dass in den nächsten Jahren verstärkt Häuser im Bestand umgebaut und erweitert werden könnten, wie das bereits geschieht: Die Bevölkerungsgruppe der über 65jährigen beträgt in Bergisch Gladbach 25 Prozent, im Bundesgebiet jedoch nur 19 Prozent. Dadurch werden hier in nächster Zeit wesentlich mehr Häuser und Wohnungen zum Verkauf oder zur Neuvermietung anstehen als andernorts. Eine Neuausweisung von Flächen ist vor diesem Hintergrund weitgehend überflüssig. Das sei durch die Wohnraumanalyse der Kreissparkasse eindeutig belegt.

Das Bündnis der Bürgerinitiativen sorgt sich aber vor allen Dingen um den Verlust der Attraktivität von Bergisch Gladbach. Die Großstadt im Grünen wäre auch bei Umsetzung des überarbeiteten Flächennutzungsplan in größter Gefahr. Auf der anderen Seite warnt das Bündnis aber auch vor einer großstädtisch anmutenden Lückenbebauung, wie sie sich bereits in einigen Stadtteilen breitmacht. Verdichtung ja, aber da wo sie hingehört.

Wiederholt weist das Bündnis auf die schwierige Verkehrssituation in Bergisch Gladbach hin, die ungelöst ist und trotz einiger, eher kleinerer angedachter Maßnahmen wohl ungelöst bleibt. Lösungsiniciativen der Parteien oder auch „Runder Tische“ seien zu begrüßen, indes, die bislang veröffentlichten Ideen sind mehr kosmetischer Natur. Solange zu wenig in Radschnellwege mit entsprechender Infrastruktur gebaut würden, solange der ÖPNV nicht attraktiver (schneller als der Individualverkehr) und auch preisgünstiger, vor allem einfacher und transparenter würde, sei keine Entlastung zu erwarten. Pendlern nach Köln stünden zu wenige Direktverbindungen bzw. Anbindungen an das Kölner Straßenbahnnetz zur Verfügung.

Von der Stadtverwaltung erwartet das Bündnis der Bürgerinitiativen eine sorgfältige Bearbeitung der 2.370 Eingaben der Bürgerinnen und Bürger. Es ist nicht hinnehmbar, wenn die Antworten der Verwaltung erst kurz vor einer möglichen Ratsentscheidung vorliegen und damit eine Reaktion unmöglich gemacht werde.

BBi-GL, Bündnis der Bürgerinitiativen zum Flächennutzungsplan